

80 000 griechische Gastarbeiter in der Bundesrepublik (I)

Ihr Herkommen - ihre Leistung - ihre Zukunft
Von Dr. B.P. Mathiopoulos

80 000 griechische Arbeiter befinden sich zur Zeit in der Bundesrepublik und werden in den verschiedensten Industriezweigen beschäftigt. Im Sommer 1960 wurde in Bonn ein bilateraler Vertrag unterzeichnet, der die "Auswahl und Anstellungsvermittlung griechischer Arbeiter für Deutschland" zum Gegenstand hat. Die Zeit, die seitdem verstrichen ist, erlaubt eine objektive Darstellung der Probleme, die sich für Griechenland aus der Frage der zunehmenden Auswanderung griechischer Arbeiter ergeben.

So war es früher

Auf der einen Seite ist es zwar in neuerer Zeit stets das Bestreben eines Teils des griechischen Volkes gewesen, sein Glück im Ausland zu suchen - vor allem in den USA, in Canada und Australien. Die Geldüberweisungen dieser Emigranten an ihre Verwandten in der Heimat trugen zum Devisenzuwachs des Landes bei und halfen bei der Unterstützung der leidenden Landbevölkerung. Die Griechen, die es in die neue Welt gezogen hatte, bauten sich meist eine eigene Existenz auf, wurden nicht selten Kaufleute, Reedere und Unternehmer und erwarben in der zweiten Generation - was auch für andere europäische Völker zutrifft - die Staatsangehörigkeit ihrer zweiten Heimat. So leben heute allein in den USA 15 Millionen Amerikaner griechischer Abstammung.

Zum ersten Mal "Auswanderung" nach Europa

Auf der anderen Seite aber erleben wir heute zum ersten Mal eine Auswanderung in einen europäischen Staat. Die Griechen, die nach Deutschland kommen, beabsichtigen, nach einer gewissen Zeit wieder in die Heimat zurückzukehren, um dort die aufgrund ihrer Ausbildung gewonnenen Erfahrungen in den Dienst der wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes zu stellen und nutzbringend zu verwerten. Dieses Komma in der Entwicklung der griechischen Auswanderung ist nicht zuletzt zurückzuführen auf neue Perspektiven, die sich im Zusammenhang mit der Gründung der EWG bieten. Bekanntlich ist Griechenland mit dem Gemeinsamen Markt assoziiert und wird ab 1. November - der entsprechende Vertrag ist bereits ratifiziert - als assoziiertes Mitglied an den Beratungen in Brüssel teilnehmen.

Während der nunmehr zweijährigen Gültigkeit des bilateralen Vertrages zwischen Bonn und Athen sind die Vor- und Nachteile dieses Abkommens für beide Länder deutlich zu Tage getreten. Der Wunsch nach möglichst schneller Unterzeichnung des Vertrages war auf griechischer Seite getragen von der vagen Hoffnung, daß eine sich steigende Auswanderungswelle das Land von den Problemen der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten befreit. Denn in Griechenland sind heute nach wie vor bei einer Gesamtbevölkerung von 8,5 Millionen über 800 000 unterbeschäftigt und etwa 300 000 arbeitslos.

10 Millionen DM monatlich nach Griechenland

Wenn man schon eine Arbeiterpolitik im Hinblick auf ausländische Möglichkeiten anstrebt, so setzt dies wenigstens eine entsprechende Planung und Vorbereitung aus. Dem griechischen Arbeitsministerium schien es aber wichtiger, daß das Staatsbudget von der Arbeitslosenunterstützung entlastet wird und Devisen nach Griechenland fließen, wenn die Gastarbeiter ihren Lohn an ihre Landsleute in der Heimat überwiesen.

- * Die Überweisungen haben inzwischen die Summe von
- * 10 Millionen DM im Monat erreicht. Das macht 120 Millionen DM oder 30 Millionen DM pro Jahr. Um die Größe
- * dieser Summe zu illustrieren, sei vergleichsweise auf
- * die Höhe der amerikanischen Hilfe, die bisher ohne Gegenleistung gegeben wurde und seit dem 1. Juli 1962 gestoppt ist, verwiesen: Es handelte sich um einen Betrag
- * von 18 Millionen jährlich!

Mangelhafte Vorbereitung

Die griechischen Verantwortlichen haben wenig getan, um die große Zahl der Arbeiter - sie bilden einen der vitalsten Teile der griechischen Bevölkerung - auf das vorzubereiten, was sie in der neuen Heimat erwartet. Die Leute kamen in ein Land, wo völlig andere wirtschaftliche, klimatische und soziale Faktoren das Leben bestimmen und wo zudem die Volksmentalität grundverschieden von der in Griechenland ist. Die Mehrzahl der Arbeiter - etwa 85 Prozent - stammen aus den Bauernfamilien der kleinen Dörfer Mazedoniens und Thraziens. Sie haben niemals vorher in der Industrie gearbeitet. Sie waren gewohnt, ihr Fleckchen Land mit einem Pferd oder einem Ochsen zu bestellen. Plötzlich sehen sie sich in eine Welt modernster, zum Teil automatisierter Fabriken gestellt, wo doch manche von ihnen noch nie in Leben eine Maschine zu Gesicht bekommen haben.

Der griechische Staat hat die Arbeiter einfach nach Deutschland geschickt in der Hoffnung, in Deutschland würden nicht nur die finanziellen Probleme gelöst, sondern es würde den Gastarbeitern auch geholfen, die neue Welt seelisch zu verkraften und der auf sie einstürmenden Eindrücke Herr zu werden. Wie sich gezeigt hat, wurde und wird von deutscher Seite mehr getan, als man billigerweise fordern könnte. Der griechische Staat aber hat auf diesem Gebiet praktisch versagt, mit Ausnahme einiger weniger Persönlichkeiten, auf die noch eingegangen werden wird.

Bedauerliche Fehlleistung

Für diese Fehlleistung bei der Lösung der für Griechenland wichtigster sozialer Frage nach der Kriege ist also einmal der griechische Staat verantwortlich, da er dieses Kernproblem mit - man muß schon sagen, Oberflächlichkeit angehen zu können meinte. Zum anderen muß aber herausgestellt werden, daß an den Verhandlungen, die dem Abschluß des erwähnten bilateralen Vertrages vorausgingen, der griechische Gewerkschaftsbund zwar teilgenommen hat, jedoch wenig Einfluß auf die Gestaltung des Abkommens nehmen konnte. Bekanntlich ist die Führungsspitze des Gewerkschaftsbundes in Griechenland vom Staat eingesetzt; im Übrigen befindet er sich in finanzieller Abhängigkeit vom Staat. Später zwar ist der griechische Gewerkschaftsbund auch in Deutschland in Erscheinung getreten. Das geschah aber erst zu einem Zeitpunkt, als der DGB und kirchliche sowie staatliche Institutionen die Betreuung der griechischen Gastarbeiter übernommen hatten.

+ + + (II. Teil folgt)

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/AVIII/212

Bonn, den 18. Oktober 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Trotz der Mauer - die GEMEINSCHAFT</u> Von G. Markscheffel, z.Zt. Berlin	71
2a	<u>"Hieran aber fehlt es"</u> Dufkues als CDU-Reformer	25
2a	<u>Unangebrachte Härte</u> Die Regierung, die Beamten und die Kriegscopfer	19
3 - 4	<u>Das werdende Europa und die CDU</u> Nicht erst seit 1949 Bestrebungen einer Einigung Von Fritz Sänger, MdB	96
5	<u>In dubio pro reo</u> Blick auf unselige Vergangenheit	35
6 - 7	<u>Das Problem der griechischen Gastarbeiter (II.)</u> Deutsche Überlegungen zur griechischen Arbeiterfrage und die Politik der griechischen Regierung Von Dr. B.P. Mathiopoulos	89

Chefredakteur Günter Markscheffel

Das Problem der griechischen Gastarbeiter (II.)

Deutsche Überlegungen zur griechischen Arbeiterfrage
und die Politik der griechischen Regierung
Von Dr. B.P. Mathiopoulos.

Auch von deutscher Seite wurden nach 1955 Überlegungen in der Richtung angestellt, ob man mit Hilfe ausländischer Arbeitskräfte des Arbeitskräftemangels der Hochkonjunktur Herr werden könnte. Gerade im Falle Griechenland waren sich die zuständigen deutschen Behörden bewußt, daß dieses westlich-orientierte Land im Süd-Osten Europas über ein Potential von etwa einer Million arbeitsfähiger Menschen verfügt, das praktisch brach liegt. Von deutscher Unternehmerseite wünschte man, daß griechische Arbeiter nach Deutschland kämen, um mit ihrer Hilfe der steigenden Nachfrage entsprechen zu können. Andere Kreise des deutschen Wirtschaftslebens, die sich mit den Problemen der griechischen Wirtschaft intensiver befaßt hatten, waren dagegen der Meinung, es sei volkswirtschaftlich und psychologisch falsch, überzählige Arbeitskraft an Orte größter Kapitalkonzentration zu verpflanzen. Richtiger sei es vielmehr, Kapital dort zu investieren, wo sich ungenutzte Arbeitskraft in größerer Konzentration befindet. Mit deutscher Kapitalbeteiligung wären also in Griechenland - insbesondere auf dem Lande - kleine und mittel-große Unternehmen aufzubauen, in denen ausschließlich griechische Arbeiter beschäftigt werden könnten. In der Nähe größerer griechischer Städte könnte man gemischtedeutsch-griechische Unternehmen gründen, um auch die in den Städten vorhandene ungenutzte Arbeitskraft der Wirtschaft zuzuführen und nutzbar zu machen.

Die deutschen Kredite für Griechenland

In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß die Bundesrepublik dem griechischen Staat große Kredite gewährt hat: im Jahre 1953 waren es 200 Millionen DM, im Jahre ca. 300 Millionen DM und im Jahre 1962 ca. 150 Millionen DM. Dazu kommt die im Jahre 1958 unter günstigen Bedingungen an Griechenland gegebene Staatsleihe in Höhe von 200 Millionen DM. Insgesamt bildeten alle diese Zuwendungen den bestmöglichen Rahmen für eine engere deutsch-griechische Zusammenarbeit, für eine eventuelle Erschließung der griechischen Bodenschätze und für einen Aufschwung der griechischen Wirtschaft, der dem 5-Jahresplan der Regierung entsprochen hätte.

Wenn man sich in Athen die von deutscher Seite angestellten Überlegungen zum wirtschaftlichen Aufbau Griechenlands zu eigen gemacht hätte, so wäre es möglich gewesen, die überhandnehmende Auswanderung in natürlicher Grenzen zu halten und in Griechenland neue Produktionszentren aufzubauen. Dadurch hätte man auch die Landflucht der griechischen Bevölkerung in die Städte eindämmen können. Dem griechischen Arbeiter wäre die Umsiedlung in ein fremdes Land mit Nachteilen für seine Gesundheit, seine Arbeitskraft und seine seelische Konstitution erspart geblieben. Jedoch - so paradox es klingt - einerseits hat die griechische Regierung gerade zum Zwecke der Steigerung deutscher Investitionstätigkeit bilaterale Verträge mit Bonn abgeschlossen, die deutsche Niederlassungen und den Schutz deutscher Investitionen zum Inhalt haben; andererseits verfolgt man aber in Athen eine Politik, die die griechische

Auswanderung nach Deutschland unterstützt. Der rechte Augenblick scheint verpaßt, um das ungenutzte griechische Arbeitspotential mit Hilfe ausländischer Investitionen der Produktion des eigenen Landes nutzbar zu machen.

Gastarbeiter ohne Tarifverträge

Schon seit dem Jahre 1956 bemühen sich griechische Arbeiter um Arbeitsplätze in Deutschland. Damals kamen sie mit einem Touristen-Visum in die Bundesrepublik, suchten sich eine Arbeit und erhielten nachträglich ihre Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung. Als man im Sommer 1960 der erwähnten bilateralen Vertrag zur Vermittlung griechischer Arbeiter nach Deutschland abschloß, gab es in der Bundesrepublik ca. 12 000 griechische Arbeiter, die ohne persönlichen Tarifvertrag beschäftigt wurden. Heute hat diese Zahl - bei ca. 80 000 griechischen Gastarbeiter - die 25 000 schon überschritten. Das kommt daher, dass viele deutsche Unternehmer bis heute ihre Gastarbeiter ohne Tarifvertrag beschäftigen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind mit dieser Regelung zufrieden. Denn die tarifvertraglich gebundenen Arbeiter müssen sich verpflichten, mindestens ein Jahr - manchmal auch zwei Jahre - in der gleichen Firma zu bleiben. Das ist insofern verständlich, als die deutsche Firma die Reise nach Deutschland bezahlt und eine gewisse Zeit mit der Ausbildung des Arbeitnehmers verliert. Andererseits fühlt sich der Arbeiter durch eine derartige Klausel etwas zu sehr gebunden und sieht nicht ohne weiteres ein, warum er eine solche Verpflichtung übernehmen muß. Die ohne Tarifvertrag beschäftigten Arbeiter kennen diese Regelung nicht. Sie bekommen manchmal einen höheren Lohn als die tarifvertraglich gebundenen und können jederzeit ihr Arbeitsverhältnis kündigen, um in einer anderen Firma mit eventuell besseren Bedingungen zu arbeiten.

Die griechische Regierung hätte einerseits einen Vertrag zum Schutze der in Deutschland beschäftigten Gastarbeiter abschließen müssen; andererseits hätte man versuchen sollen, die Auswanderungswelle dadurch einzudämmen, daß man den Aufbau kleiner und mittlerer Unternehmen im eigenen Lande mit Hilfe deutschen Kapitals förderte. Von deutscher Seite wird dagegen bestätigt, daß selbst das Abkommen über deutsche Niederlassungen in Griechenland nur auf dem Papier steht, da die Bürokratie und die Vertreter anderer ausländischer Kapitalinteressen deutschen Investitionswünschen hemmend gegenüberstehen.

Es ist natürlich nicht so, daß diejenigen deutschen Unternehmer, die heute dennoch in Griechenland Investitionen vornehmen, nicht genügend Arbeitskräfte an Ort und Stelle vorfinden würden. Das Land verfügt nach wie vor über ein ausreichend großes Potential an ungenutzter Arbeitskraft. Aber die nun in die Bundesrepublik abgewanderten Arbeiter könnten zu einer erhöhten Arbeitsleistung in ihren Heimatorten beitragen. Hinsichtlich dieser Leute bleibt es die Aufgabe der griechischen Regierung, dafür zu sorgen, daß sie - in ihre Heimat zurückgekehrt - die in der Bundesrepublik gewonnenen Erfahrungen zum Nutzen der wirtschaftlichen Entwicklung des eigenen Landes verwerten können.

(III. Teil folgt)

+ + +

23. OKT. 1962

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/215

Bonn, den 23. Oktober 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:Zeilen:

1 - 2	Gewerkschaften im demokratischen Staat ----- Zum DGB-Kongress in Hannover Von Günter Markscheffel	88
2a	<u>Kuba</u> ----- Nach der Blockadeerklärung Kennedys	42
3	<u>Ausweglos ?</u> ----- Zum Scheitern der Koalitionsverhandlungen in Kiel	49
4 - 5	Washington - Politik auf des Messers Schneide ----- Berlin als Ansatzpunkt für Deutschlandverhandlungen? Von unserem Korrespondenten in den USA	90
6 - 7	Das Problem der griechischen Gastarbeiter (III) ----- Aus dem Transport nach Deutschland wird Profit geschlagen Von Dr. B.P. Mathiopoulos	82

Chefredakteur Günter Markscheffel

Das Problem der griechischen Gastarbeiter (III)

Aus dem Transport nach Deutschland wird Profit geschlagen
Von Dr. B.P. Mathiopoulos

Aufgrund der Bestimmungen des bilateralen Abkommens bildete man von deutscher Seite ein Komitee, das seinen ständigen Sitz in Griechenland hat. In Zusammenarbeit mit dem griechischen Arbeitsministerium besorgt man dort die Auswahl der Gastarbeiter und bestimmt - je nach der Nachfrage in der Bundesrepublik - die Zahl derer, die nach Deutschland geschickt werden sollen. Da somit das Arbeitsministerium gleichsam an der Quelle sitzt, wäre es verständlich, wenn man sich selbst die erste Wahl sichern und für die eigene Industrie gute Fachkräfte ausbilden würde - vorausgesetzt, daß diese Möglichkeit erst einmal methodisch erforscht wird. Darüberhinaus wäre es denkbar, daß das Arbeitsministerium die Auswahl dahingehend vornähme, Fach- und Hilfsarbeiter, vor allem in denjenigen deutschen Industrien ausbilden zu lassen, für die auch in Griechenland gute Aussichten für die Zukunft bestehen.

Griechisches Arbeitsministerium nun "Arbeitsvermittler"

Damit kamen die in der Bundesrepublik ausgebildeten Arbeitskräfte nach ihrer Rückkehr nach Griechenland der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung zugute. Stattdessen hat sich das griechische Arbeitsministerium praktisch auf die Stellung eines Arbeitsvermittlers beschränkt und sammelt ohne jede Planung lediglich die Zahlen, die von deutscher Seite verlangt werden. Wer die Arbeitsweise des griechischen Beamtentums kennt, dem fällt auf, daß bei der Exportierung von Arbeitskräften nach Deutschland nicht so verfahren wird, wie es in anderen Sparten des "Außenhandels" der Brauch ist. Der Export von Devisen etwa ist von derart kleinlichen und bürokratischen Bestimmungen beherrscht, daß ein reibungsfreies Funktionieren des Devisenverkehrs nicht gewährleistet ist.

Gegenüber dem vergleichsweise viel wichtigeren Problem der sich steigernden Auswanderungswelle verfährt das Ministerium jedoch mit beispielhafter "Großzügigkeit" und beschäftigt sich nicht mit "Einzelheiten". Das Ergebnis dieser Politik ist - wie eine kürzlich in Athen erschienene Studie des Instituts für wirtschaftliche Forschung Griechenlands darlegt - daß das Land den Mangel an notwendigen Arbeitskräften zu spüren beginnt. Dieser Mangel wird sich im nächsten Jahr nach dem Gesetz der arithmetischen Reihe steigern und die wirtschaftliche Entwicklung in Mitleidenschaft ziehen.

Wenig Aufklärung über Rechte und Pflichten

Wenn sich die griechischen Transportgruppen in den verschiedenen Orten der Auswahl sammeln, erklärt man ihnen, daß sie einen Tarifvertrag mit einer bestimmten deutschen Firma unterzeichnen werden und den gleichen Tageslohn wie die deutschen Arbeiter erhalten. Man sagt diesen ein-

fachen Bauern weder etwas über das Land, in das sie verpflanzt werden, und über die dort herrschenden Verhältnisse, noch gibt man ihnen auch nur die grundlegendsten Informationen über ihr zukünftiges Leben. Manche der zukünftigen Gastarbeiter sind Analphabeten, die meisten unter ihnen verfügen nicht über allzu große Bildung. Es wäre also notwendig, ihnen die Bedingungen des Tarifvertrages auseinanderzusetzen, sie über die Pflichten aufzuklären, die sie dem Unternehmen gegenüber mit ihrer Unterschrift übernehmen, und über die Rechte, die damit verknüpft sind. Diese Aufgabe hätten ihrem Sinn und Zweck nach die griechischen Mitglieder des Deutschen Komitees übernehmen müssen, was aber nicht geschehen ist. Die Belastung langjähriger Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung führt die zukünftigen Gastarbeiter regelmässig zur Unterzeichnung des Tarifvertrages, ohne daß sie sich der daraus entspringenden Folgen bewußt wären.

Obwohl Athen - wie schon berichtet - über 10 MillDM jährlich aus Überweisungen griechischer Arbeiter an ihre Angehörigen in der Heimat verfügt, scheint es nicht möglich, daß man einige Beamte des griechischen Arbeitsministeriums damit beauftragt, die reisefertigen Transportgruppen auf ihre neuen Pflichten vorzubereiten und zu betonen, daß der griechische Staat im Zuge der Entwicklung seiner Wirtschaft Aufgaben für sie bereitstellt, wenn sie fachmännisch ausgebildet aus der Bundesrepublik wieder in die Heimat zurückgekehrt sind.

Die Reise nach Deutschland

Im Gegenteil: unhaltbare Zustände beginnen schon mit der Art und Weise, wie man die Reise nach Deutschland organisiert hat. Nach § 13 des bilateralen Vertrages von 1960 tragen die deutschen Unternehmen die anfallenden Reisekosten von der griechischen Grenze bis zur Arbeitsstelle. Die griechischen Reeder, die den Transport übernommen haben, fanden aber eine Möglichkeit, sich sogar beim Transport bis zur griechischen Grenze auf Kosten der Gastarbeiter zu bereichern. Sie bringen die Gastarbeiter von Piräus nach Brindisi; die Überfahrt bis zur Grenze der griechischen Hoheitsgewässer zahlen die Arbeiter aus eigener Tasche, den Rest trägt der deutsche Arbeitgeber. Für die aus Südgriechenland kommenden Arbeiter ist die Route Piräus - Brindisi durchaus zweckmäßig. 65 Prozent der in der Bundesrepublik beschäftigten Gastarbeiter stammen aber - wie berichtet - aus dem Norden des Landes. Sie werden meist in Saloniki ausgewählt und gesammelt, dann fahren sie auf eigene Kosten mit dem Zug nach Piräus, und müssen dort übernachten, bis sie sich einschiffen können. Der direkte Weg von Saloniki bis zur Grenze hätte jeden Arbeiter DM 6.-- gekostet. Der Umweg über Piräus bedeutet eine Mehrbelastung von ca. DM 75.--. Während die Reise mit dem Zug nach Deutschland durchaus annehmbar gewesen wäre, bringt der Transport per Schiff und der Aufenthalt auf dem Oberdeck - besonders im Winter - Rückwirkungen auf die Gesundheit mit sich. Müde, erschöpft und manchmal krank kommen die Arbeiter in Deutschland an. Dazu kommt, daß mit Betreten des Transportschiffes die Betreuung von griechischer Seite aus beendet ist, obgleich es gut möglich wäre, pro Transport wenigstens einen Begleiter bis zur Arbeitsstelle mitzuschicken.

(IV. Teil folgt)

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

PAXVII, 218

Bonn, den 16. Oktober 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a	Koalitionswirrwarr in der Sozialpolitik ----- Nach der Sozialdebatte im Bundestag Von Konrad Schayer	92
2 - 3	Die Verantwortung des Bundestages ----- "Etat der Stabilisierung" ? Von Heinrich G. Ritzel, MdB Mitglied des Haushaltsausschusses	62
4 - 5	Klarstellung ----- Franz Barsig ist kein "Lügner" ! Von Wolfgang Jansen Pressereferent der SPD-Bundestagsfraktion	74
6 - 7	Das Problem der griechischen Gastarbeiter (IV) ----- Die soziologische Struktur der Arbeiterschaft und ihre brennenden Fragen Von Dr. B.P. Mathisopoulos -----	99

Chefredakteur Günter Markscheffel

Das Problem der griechischen Gastarbeiter (IV)

Die soziologische Struktur der Arbeiter und ihre brennendsten Fragen

Von Dr. B.P. Mathiopoulos

Trotz der berichteten Umstände, die sich nachteilig auf den Arbeitswillen der Gastarbeiter hätten auswirken können, war den Griechen in der Bundesrepublik ein klarer Erfolg beschieden. Sie haben die Tugenden ihrer Nation und die Dynamik des Arbeiter- und Bauernstandes dieses Landes ersichtlich unter Beweis gestellt. Wie Presseberichte und Erklärungen der für die Gastarbeiter zuständigen Abteilungsleiter in den deutschen Firmen bestätigen, ist man mit der überwiegenden Mehrheit der ca. 80 000 griechischen Arbeiter außerordentlich zufrieden, sowohl was ihre Arbeitsleistung anbetrifft, als auch hinsichtlich ihrer charakterlichen Qualitäten. Gelegentlich von Besuchen des Verfassers in deutschen Firmen wurde durch führende Unternehmer immer wieder betont, daß die Griechen saubere, verantwortungsbewußte und sparsame Arbeiter sind. Sie zeigen untereinander Solidarität und äußern trotz Sprachschwierigkeiten eigene Initiative. Sie lassen sich leicht lenken und sind vor allem arbeitswillig. Es ist bezeichnend, dass gewisse Industrien, die bislang ausländische Arbeitskräfte jeder Nationalität beschäftigten, sich nach und nach ausschliesslich auf Griechen beschränken, nachdem sie deren Qualitäten kennen- und schätzen-gelernt haben. Die Arbeitsfreudigkeit der Griechen zeigt sich beispielsweise auch darin, daß sie oft pro Tag in zwei ununterbrochenen Schichten arbeiten, d.h. 16 Stunden täglich. Dementsprechend gibt es Facharbeiter, die ein Nettoeinkommen von DM 1.100.-- DM im Monat haben. Natürlich zeigt diese Überbeanspruchung der eigenen Arbeitskraft Rückwirkungen auf die Gesundheit, nicht nur, weil eine derartige Leistung jeden gesunden Organismus mitnimmt, sondern auch das völlig anderen deutschen Klimas wegen.

Zusammenstoß mit einer neuen Welt

Die griechischen Arbeiter zeichnet ein unzerstörbares Arbeitsethos aus. Sie erweisen sich als wahre Söhne ihres Landes, auch in der Bundesrepublik. Sie entstammen einer einfachen Gesellschaft mit stabilen Fundamenten, mit einer in sich geschlossenen moralischen Ordnung und mit tiefer Religiosität, - fernab den großen Problemen unserer Zeit. Ihre Heimatorte liegen in den meisten Fällen in Gebieten, wo die Landwirtschaft fast noch in archaischer Form betrieben wird mit deutlichen Merkmalen der Unterentwicklung. Aus dieser Atmosphäre der Beschränktheit und aus einem derart in sich geschlossenen Lebenskreis wird der Arbeiter plötzlich in eine überentwickelte, industrialisierte Gesellschaft versetzt, die unter Blut und Schweiß schon alle Stadien der wirtschaftlichen Entwicklung durchlaufen hat.

Die griechischen Bauern, die trotz eigener großer Sauberkeit vor zuhause her noch nicht einmal einfachste sanitäre Einrichtungen westlichen Auschnitts kannten, treffen in Deutschland mit deutschen Arbeitskollegen zusammen, die über Eischränke, Fernseh-Apparate und Kleinwagen verfügen. Und unvorbereitet, wie sie sind, neigen sie - vor allem die jüngeren unter ihnen - dazu, sich auch zu Lasten ihrer Ernährung derartige Luxusgegenstände anzuschaffen, da sie nicht imstande sind, von sich aus die rechte Ordnung und Reihenfolge der Werte zu erkennen. Manche Vertreter des griechischen Arbeitsministeriums, die damit betraut sind, die Probleme der Gastarbeiter zu analysieren, schließen aus dieser Tatsache ohne weitere Überlegung "messerscharf", die griechischen Arbeiter in der Bundesrepublik litten keinerlei Mangel.

Was die griechischen Gastarbeiter brauchen

In Wirklichkeit sieht die Sache ganz anders aus: Es gibt Probleme, die einer Lösung seitens des griechischen Staates dringend bedürfen. Es seien in der Folge die Fragen kurz skizziert, die fast alle in der Bundesrepublik beschäftigten Griechen berühren.

1.) Die Wohnungsfrage. Größere deutsche Unternehmen verfügen über Schlafräume in der Nähe der Arbeitsstelle für zwei oder drei Arbeiter gemeinsam bei verhältnismäßig billiger Miete. Kleinere Betriebe bieten in der Regel derartige Heime nicht. Und wenn sie sie bieten, erfüllen diese nicht die Voraussetzungen, die man an eine einigermaßen hygienische Schlafstätte stellen muß. Es gibt z.B. Betriebe, die für 8 bis 10 Arbeiterinnen einen einzigen Raum zur Verfügung stellen. Noch brennender und ebenso ungelöst ist die Wohnungsfrage für verheiratete Arbeiter. Es gibt Ehepaare, die bis zu 250.-- DM im Monat bezahlen, um auf dem freien Wohnungsmarkt eine Wohnstatt zu erhalten.

2.) Die Frage gleicher Löhne. Obgleich in Wirklichkeit sehr selten ein Unterschied zwischen dem Tariflohn der Gastarbeiter und der deutschen Löhnen besteht, sind die meisten Griechen der Überzeugung, daß sie weniger verdienen als ihre deutschen Kollegen. Dieses Mißverständnis kann deshalb entstehen, weil die Griechen mangels entsprechender Aufklärung nicht verstehen, warum es einen Brutto- und einen Netto-Lohn gibt, was die Abzüge eigentlich bedeuten und weshalb etwa ein schon zehn Jahre im selben Betrieb beschäftigter deutscher Arbeiter mehr verdient als der kürzlich angekommene Grieche, obgleich beide vielleicht gleich viel leisten.

3.) Die Frage der Dolmetscher. Fast in allen Betrieben entrüsten sich die Griechen über die Dolmetscher, die das Unternehmen für sie einstellt. Denn diese Leute sind geneigt, den Arbeitgebern zu Gefallen zu sein und vor ihnen zu katzbuckeln. Deshalb haben die Arbeiter in die Richtigkeit der Übersetzung durch derartige Dolmetscher kein Vertrauen. So entstehen oft Mißverständnisse, weil auch die Unternehmer der falschen oder verfälschten Übersetzung wegen nicht verstehen können, was die Arbeiter eigentlich wünschen.

4.) Die Sprachschwierigkeiten. Auch sie bilden manchmal Anlaß zu Mißverständnissen. Viele Betriebe haben deshalb schon Lehrer eingestellt, die den Deutschunterricht übernehmen. Auch diese Aufgabe - ebenso wie die der Dolmetscher - könnte durch den griechischen Staat organisiert werden.

5.) Die Frage der deutschen Küche. Viele Unternehmen haben schon griechische Köche eingestellt, die auch Nationalgerichte der Gastarbeiter bereiten. Trotzdem ist diese Frage im allgemeinen noch nicht gelöst.

Neben diesen wichtigen Problemen gibt es selbstverständlich noch eine Vielzahl täglich auftauchender kleinerer Fragen. Z.B. sollte man in Athen Überlegungen hinsichtlich der Wehrpflicht der Gastarbeiter anstellen, damit es nicht mehr dazu kommt, daß griechische Arbeiter - obwohl an sich in Deutschland tarifvertraglich an ihre Firma gebunden - plötzlich in ihre Heimat zurückreisen müssen, um dort ihren Wehrdienst abzuleisten.

Alle diese Fragen zu lösen, wäre eigentlich Aufgabe des griechischen Staates, wie es auch seine Pflicht wäre, auf die Gastarbeiter dahingehend einzuwirken, daß sie ihren Lohn nicht zur Anschaffung von Luxusgegenständen benutzen, sondern zum Aufbau einer eigenen gesicherten Existenz in der Heimat. Es ist aber schon beinahe ein guter Brauch, den deutschen Behörden nicht nur die finanzielle und soziale, sondern auch die geistige und seelische Betreuung zu überlassen.

(V. Teil folgt)

2 NOV 1962
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/222

Bonn, den 2. November 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

	Vor einer Staatskrise ? -----	34
	Parteikamarilla etabliert Staat im Staate	
2 - 3	Von Kuba bis Bonn -----	91
	Tatbestände, die berücksichtigt werden sollten Von G. Markscheffel	
4	Castro und Ulbricht -----	48
	Alpdruck nun für Moskau	
5	Blick in das Grauen -----	47
	Vor dem größten Kriegsverbrecherprozess in Norddeutschland	
6 - 7	Das Problem der griechischen Gastarbeiter (V und Schluss) -----	88
	Viel guter Wille bei der Betreuung - aber wenig Koordination Von Dr. B.P. Mathiopoulos	

Chefredakteur Günter Markscheffel

Das Problem der griechischen Gastarbeiter (V und Schluß)

Viel guter Wille bei der Betreuung - aber wenig Koordinierung

Von Dr. B.P. Mathiopoulos

Gemäß § 15 des bilateralen Vertrages von 1960 ist die Betreuung der griechischen Arbeitnehmer Angelegenheit der deutschen Seite. Die deutschen Firmen haben auch schon früh erkannt, daß Einsamkeit den griechischen Gastarbeitern nicht gut tut; sie haben deshalb aus eigener Initiative mannigfache Gelegenheiten zur Freizeitgestaltung geschaffen. Weiterhin hat die evangelische Kirche offiziell die Betreuung der Griechen übernommen, genauso, wie dies die katholische Kirche für die Italiener und Spanier tut. Bis heute hat sie sich auf diesem Gebiet hervorgetan und ihre Bemühungen vom Erfolg gekrönt sehen können.

Als wichtigster Betreuer haben sich aber der DGB und einzelne Industriegewerkschaften erwiesen, denen mehr und mehr Griechen als eingetragene Mitglieder angehören. Durch seine Mitgliedschaft gewinnt der griechische Gastarbeiter an Selbstvertrauen, er bemerkt die Gleichheit mit seinen deutschen Kollegen viel deutlicher als aus den trockenen Paragraphen des Tarifvertrages und fühlt sich nicht als Fremdarbeiter, sondern als ein den anderen gleicher Bürger in einem demokratischen Land. Im Übrigen haben die meisten längst verstanden, daß von griechischer Seite wenig Hilfe zu erhoffen ist, und fanden im DGB diejenige Organisation, die ihre Rechte wahrte.

Von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite ist aber der Wunsch geäußert worden, man solle zweckmäßigerweise eine Koordinierung der verschiedenen Institutionen, die sich die Betreuung der Griechen zur Aufgabe gemacht haben, vornehmen. Denn nur so kann das gemeinsame Ziel angestrebt und erreicht werden und manche Bemühungen einzelner, obwohl voll guten Willens, verpuffen im Nichts, wenn nicht durch eine vernünftige Koordinierung die entsprechende Frage in ihrer Gesamtheit erforscht und gelöst wird.

Um die Verbindung mit der Heimat zu erhalten, hat der Westdeutsche Rundfunk die Initiative ergriffen und sendet ab Februar dieses Jahres eine viertelstündige griechische Sendung für die Gastarbeiter. Diese Sendung, die jeden Dienstag ausgestrahlt wird, hat der Süddeutsche Rundfunk übernommen. Sie enthält Nachrichten aus Griechenland, Kurznachrichten aus aller Welt, griechische Volksmusik und einen Kommentar über die besonderen Probleme der Arbeiter.

Griechische Bemerkungen

Von griechischer Seite wurden in München, Stuttgart, Frankfurt, Köln, Düsseldorf und Hamburg Büros zur Betreuung der griechischen Arbeiter mit Vertretern des griechischen Arbeitsministeriums eingerichtet. Mit Ausnahme der Leiter der Büros in Köln und Hamburg, die sich wirklich für die Förderung der Interessen der Gastarbeiter einsetzen, haben die übrigen leider bei der Erfüllung ihrer Aufgabe oft versagt. Die meisten von ihnen beherrschen die deutsche Sprache nicht, sind Vertreter der in Griechenland an der Regierung sitzenden Parteien und erscheinen in den einzelnen Betrieben nur aus Anlaß einer akuten Frage, z.B. bei Ausbruch eines Streiks. Vor kurzem wurde in Bonn ein Attaché für Arbeitsfragen der griechischen Botschaft zugeteilt, der die Führung der verschiedenen Büros übernommen hat. Man kann hoffen, daß sich die gegenwärtige Situation unter seiner Leitung bessern wird.

Die Betreuung auf religiösem Gebiet durch die orthodoxe Kirche entspricht nicht der Zahl der in Deutschland befindlichen Gläubigen. Es müßten sich aber gut vorbereitete orthodoxe Priester mit deutschen Sprachkenntnissen finden lassen, die ihre Aufgabe nicht als Beruf betrachten, sondern als Mission.

Kompetenzschwierigkeiten

Der griechische Staat unterhält in der Bundesrepublik lediglich zwei ordentliche Konsulate: in West-Berlin und Hamburg. Außerdem gibt es aber elf Wahlkonsulate in den größeren Städten Deutschlands. Diese Konsulate leitet ein ehrenamtlicher Konsul, in der Regel ein Industrieller. Bei Erledigung ihrer gewöhnlichen Aufgaben - wie Ausstellung von Pässen, Erteilung von Bescheinigungen usw. - kommen sie manchmal direkt oder indirekt mit den Problemen der Gastarbeiter in Berührung. Und nicht selten wenden sich die deutschen Behörden in schwierigen Fragen oder, wenn der Vertreter des griechischen Arbeitsministeriums nicht zu erreichen ist, an diese Wahlkonsule und bitten sie um ihren Schiedsspruch. Diese Leute kennen aber selbst bei bestem Willen weder die griechische Mentalität in ausreichendem Maße, noch kann man von ihnen mehr Verständnis für die Probleme der griechischen Arbeiter verlangen, als von den Griechen selbst. So wurde kürzlich ein Wahlkonsul von einer deutschen Firma vor die Frage gestellt, ob ein griechischer Arbeiter wegen einer bestimmten Handlung des Landes verwiesen werden müsse! In diesem speziellen Fall kam man durch Einschaltung der zuständigen Arbeitsämter zu einer gerechten Lösung. Eine derartige Verwirrung der Kompetenzen gäbe es aber nicht, wenn sich eine zentrale Stelle in Deutschland mit den Problemen der griechischen Arbeiter befassen würde.

Griechischer Gewerkschaftsbund "schaltete" spät

Der griechische Gewerkschaftsbund hat sich nachträglich bemüht, den Griechen in der Bundesrepublik seine Betreuung angedeihen zu lassen. Erst nachdem er sich zwei Jahre lang im Vertrauen auf die Betreuung seitens der deutschen und griechischen Behörden nicht mit dieser Frage befaßt hatte und dann gewahr wurde, daß die Zahl der in Deutschland beschäftigten Griechen die 80.000 bereits erreichte, schickte er wiederholt einige seiner Vorstandsmitglieder in die Bundesrepublik. Diese erklärten sich dann auch bereit, die "Betreuung aus Athen", zu fördern. Inzwischen hatten aber viele griechische Arbeiter den Weg in den DGB gefunden, was das verspätete Interesse praktisch überflüssig machte.

Trotz all der geschilderten Schwierigkeiten beginnen sich die griechischen Gastarbeiter langsam an ihre neuen Arbeitsplätze zu gewöhnen, sie gleichen sich an und lernen die guten Seiten einer hochentwickelten Industriegesellschaft kennen. Die Hoffnung derjenigen Kreise in Griechenland, die der Überzeugung sind, daß dieses Arbeitspotential eines Tages seinen Anteil zur Neugestaltung der griechischen Gesellschaft beitragen wird, könnte sich somit vielleicht realisieren.